



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

14. Sitzung

5. Wahlperiode

Mittwoch, 28. März 2007, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

| | | | |
|--|---|---|----|
| Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT | 4 | Aktuelle Stunde | |
| Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT | 4 | Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern | 5 |
| Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS (zur Geschäftsordnung) | 4 | Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS | 5 |
| Beschluss | 4 | Minister Erwin Sellering | 6 |
| Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT | 4 | Dr. Margret Seemann, SPD | 7 |
| Birger Lüssow, NPD (zur Geschäftsordnung) | 4 | Jürgen Seidel, CDU | 9 |
| Beschluss | 5 | Ralf Grabow, FDP | 10 |
| | | Stefan Köster, NPD | 11 |
| | | Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS | 12 |
| | | Werner Kuhn, CDU | 14 |
| | | Gesetzentwurf der Landesregierung: | |
| | | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Regelungen über das Gemeinsame Krebsregister (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) | |
| | | – Drucksache 5/132 – | 15 |
| | | Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Gesundheit | |
| | | – Drucksache 5/371 – | 15 |
| | | Beschluss | 16 |

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof:
Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2006 (Teil 2) mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung des Landes 2004

– Drucksache 5/93 – 31

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses

– Drucksache 5/375 – 31

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS 31

Rudolf Borchert, SPD 32

Toralf Schnur, FDP 35

Mathias Löttge, CDU 35

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS 36

Stefan Köster, NPD 37

B e s c h l u s s 38

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU:

Europafähigkeit der Verwaltung

– Drucksache 5/354 – 38

Detlef Müller, SPD 38

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS 39

Werner Kuhn, CDU 41

Sebastian Ratjen, FDP 43

Detlef Müller, SPD 44

Udo Pastörs, NPD 45

B e s c h l u s s 46

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:

Alle Kinder gleich behandeln – SGB II und SGB XII novellieren

– Drucksache 5/356 – 46

Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS 46

Martina Tegtmeier, SPD 47

Ralf Grabow, FDP 48

Werner Kuhn, CDU 49

Irene Müller, Die Linkspartei.PDS 51

Tino Müller, NPD 53

B e s c h l u s s 53

Antrag der Fraktion der NPD:
Nein zum Braunkohleabbau im Aufsuchungsfeld Lübtheen

– Drucksache 5/166 – 53

Udo Pastörs, NPD 54

Dr. Till Backhaus, SPD 55

Stefan Köster, NPD 58

B e s c h l u s s 59

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:
Landespflegegesetz rechtzeitig novellieren – Pflegebedürftige unterstützen

– Drucksache 5/357 – 59

Irene Müller, Die Linkspartei.PDS 59

Martina Tegtmeier, SPD 60

Ralf Grabow, FDP 61

Werner Kuhn, CDU 61

Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS 61

Stefan Köster, NPD 62

B e s c h l u s s 63

Antrag der Fraktion der NPD:

Kein weiterer Abriss von Gebäuden der so bezeichneten „Perlenkette“ in Heiligendamm

– Drucksache 5/201 – 63

Raimund Borrmann, NPD 63

Udo Timm, CDU 65

Birger Lüssow, NPD 66

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS 66

B e s c h l u s s 67

Einspruch des Abgeordneten Raimund Borrmann, Fraktion der NPD, gemäß § 62 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Landtages gegen die Zurückweisung einer Kleinen Anfrage

B e s c h l u s s 67

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:

Werftstandorte sichern

– Drucksache 5/385 – 67

Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS 67, 72

Minister Jürgen Seidel 68

Jochen Schulte, SPD 69, 74

Michael Roof, FDP 71

Wolfgang Waldmüller, CDU 72

Udo Pastörs, NPD 74

B e s c h l u s s 75

Nächste Sitzung

Donnerstag, 29. März 2007 75

„Popanz“. Wir haben uns hier noch einmal ausgetauscht. Das bezog sich nicht auf Sie.

Ich möchte dazu aber noch einmal feststellen: Wenn jemand hier einen Fehler macht, hat der andere nicht das Recht, seinerseits auch einen Angriff zu machen. Insofern, es gibt kein gleiches Recht im Unrecht. Kein Abgeordneter hat hier, weil ein anderer einen Fehler gemacht hat, das Recht, auch so zu verfahren.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Müller von der NPD.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon auf der Landtagssitzung am 31. Januar dieses Jahres stellte meine Fraktion den Dringlichkeitsantrag, dass das Begrüßungsgeld, welches von manchen Kommunen unseres Landes ausgezahlt wird, nicht auf die Leistungen nach SGB II angerechnet werden darf. Die Landesregierung wurde darin aufgefordert, hier den entsprechenden Initiativen auf Bundesebene und in Zusammenarbeit mit den Kommunen des Landes zu folgen.

Für den Block der selbst ernannten demokratischen Fraktionen dieses Hauses sprach damals der Abgeordnete Glawe

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

und teilte uns kurzerhand mit, ich zitiere aus dem Sitzungsprotokoll: „Der Antrag der NPD-Fraktion als Dringlichkeitsantrag zum Thema ‚Begrüßungsgeld‘ ist entbehrlich, da sich erstens die Regierung, zweitens alle demokratischen Fraktionen und drittens auch die kommunalen Spitzenverbände mit diesem Thema beschäftigen. Daher ist die Dringlichkeit nicht angezeigt.“

(Heinz Müller, SPD: Recht hat er.)

So lehnten Sie in alter Volkskammermanier unseren Dringlichkeitsantrag ab.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und nun sehen Sie es, Herr Abgeordneter Glawe, unser Antrag ist in etwas veränderter Form wieder da, und zwar von Ihrem damaligen Abstimmungspartner Linkspartei.PDS.

Zwar hat man den Medien am 27. März entnehmen können, dass sich der Wirtschaftsminister Seidel an den Bundesminister Müntefering mit der Bitte um Klärung des Problems gewandt hat. Dieser hat nun inzwischen auch geantwortet. Diese Antwort ist aber alles andere als erschöpfend. Eine Notwendigkeit zur Gesetzesänderung sieht Müntefering nicht. Genau hier liegt aus Sicht meiner Fraktion das Problem. Es kann anrechnungsfrei belassen werden, muss aber nicht. Damit sind die Empfänger von Leistungen nach ALG II gesetzlich der Willkür der zuständigen Behörden ausgeliefert. Wenn man keinen Handlungsbedarf zu einer Gesetzesänderung sieht, dann ist das unverschämt, betriebsblind und unsozial. Wenn eine solche Antwort der Landesregierung ausreicht, dann ist das bezeichnend.

Meine Damen und Herren, Sie und Ihre Parteivertretung im Bundestag haben damals die sogenannten Hartz-IV-Reformen regelrecht durchgepeitscht. Sie haben Ihre schlecht gemachten Gesetzentwürfe gegen die Mehrheit unseres Volkes beschlossen, welche damals berechtigterweise auf die Straße gegangen ist, um gegen diesen Pfusch zu demonstrieren. Wenn ich mir die Ergeb-

nisse Ihrer Jahrhundertreform ansehe, dann haben Sie zwar einen weiteren Beitrag zur Verelendung unseres Volkes geleistet, Arbeitsplätze haben Sie allerdings nicht geschaffen. Sie haben nur in den Geldbeutel der Menschen hineingegriffen, welche vorher schon kaum Perspektiven hatten. Ihre Gesetze lassen es sogar zu, dass bei den Bedarfsgemeinschaften gekürzt wird, nur weil die Kinder Geldgeschenke bekommen.

Die Anrechnung von Begrüßungsgeld auf die Leistungen nach ALG II ist bei Weitem kein Einzelfall. Wenn die Landesregierung solche Ungerechtigkeiten zulässt und sich mit dem Brief des Bundesarbeitsministers Müntefering ruhigstellen lässt, dann ist ihr nicht mehr zu helfen. Dazu fällt einem heute sicherlich nur ein: große Worte, keine Taten.

(Reinhard Dankert, SPD:
Wollen Sie uns denn helfen?)

Wir hingegen wollten damals Nägel mit Köpfen machen, als wir unseren Dringlichkeitsantrag einbrachten. Heute haben wir wieder die Gelegenheit, Nägel mit Köpfen zu machen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

nachdem Sie sich mit unserem Antrag nicht befassen wollten.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Kinderfreundlichkeit und eine bessere Familienpolitik, das ist der Tenor, welcher immer wieder von allen Parteien in der öffentlichen Debatte beschworen wird. Es ist daher unverständlich, dass Eltern, welche Arbeitslosengeld II erhalten, hier dermaßen benachteiligt werden. Dem ist schnellstens und dringend ein Riegel vorzuschieben. Machen wir als Landtag klar, dass wir eine solche Regelung nicht wollen! Geben wir der Landesregierung heute den klaren Auftrag, dass sie gegenüber der Bundesrepublik in der Sache initiativ wird! Dies muss in der Endkonsequenz eine Gesetzesänderung im SGB II beziehungsweise SGB XII sein. Mit einem Brief ist das sicherlich nicht getan. Wir werden daher dem vorliegenden Antrag zustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/356. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dieser Beschluss abgelehnt bei Zustimmung der Linkspartei.PDS und der NPD sowie Ablehnung der Fraktionen der SPD, CDU und FDP.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 12: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Nein zum Braunkohleabbau im Aufsuchungsfeld Lübtheen, Drucksache 5/166.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Nein zum Braunkohleabbau
im Aufsuchungsfeld Lübtheen
– Drucksache 5/166 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Pastörs von der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Jahrzehnten bedroht die Menschen im Großraum Lübtheen ein geplanter Braunkohletagebau, aktuell durch den US-amerikanischen Großkonzern MIBRAG Washington Group. Ebenso seit Jahren wandten sich die unterschiedlichsten Naturschutzvereinigungen und Bürgerinitiativen orientierungs- und Hilfe suchend an die Politik.

Auf der Grundlage einer Kleinen Anfrage der PDS vom 08.07.1996 teilte die damalige CDU-SPD-Regierungscoalition mit: „Ein ablehnender Bescheid“ an die MIBRAG bezüglich Bohrgenehmigungen „ist durch das ... Bergamt Stralsund in Vorbereitung.“ Mit Datum vom 26.06.1998 gab es dann eine erneute Kleine Anfrage der PDS: „Unterstützt die Landesregierung die Vorhaben der MIBRAG hinsichtlich der Erkundung, Erschließung und des Abbaus von Diatomeenkohle im Raum Lübtheen?“ Überraschende Antwort: „Dem ergänzten Antrag der MIBRAG auf Erlaubnis zur Aufsuchung wurde durch das ... Bergamt Stralsund ... stattgegeben.“ Und weiter: „Die“ CDU-SPD-„Landesregierung sieht in der möglichen Nutzung der Lübtheener Lagerstätte keine Konflikte mit der Tourismusentwicklung der Region.“

Wenn ich von den zwei hierzu noch von der SPD gestellten Kleinen Anfragen mit nahezu gleichlautenden Frage- und Antworttexten aus dem Jahre 2005 absehe, ist nichts weiter passiert. Erst nachdem die NPD in dieser Sache mobil machte, kam Bewegung in die Angelegenheit. Ein Herr Petters, CDU, seinerzeit noch Mitglied dieses Hohen Hauses, wie Frau Bretschneider immer zu sagen pflegt, trat sogar dem Verein „Braunkohlebewegung – Nein!“ bei, immerhin eine Vereinigung, von der bekannt war, dass diese durch ein NPD-Mitglied total unterwandert worden sei. Aber was tut man nicht alles für Kohle und Karriere?!

Meine Damen und Herren des Landtages, warum sagen Sie den Bürgern nicht klipp und klar, wir stehen an eurer Seite gegen das ökologische Wahnsinnsprojekt der MIBRAG, das bei einer Abbautiefe von bis zu 250 Metern laut eines Gutachtens des Fresenius-Institutes zu einer Grundwasserabsenkung bis ins Schweriner Umland führen würde und damit eine regelrechte Verwüstung ganzer Landstriche verursacht? Eine Verbrennung der Kohle mit einem Brennwert von unter 60 Prozent herkömmlicher Braunkohle würde pro Jahr bei einer Leistung von 800 Megawatt 5 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen und das Feinstaubproblem durch Verbrennung der entstehenden Klärschlämme ebenso anheizen.

Und wie sieht die zu erwartende ökonomische Perspektive aus? Nach Einschätzung von Fachleuten ist Folgendes zu erwarten:

1. Es entstehen etwa 300, maximal 400 neue Arbeitsplätze, die hauptsächlich durch von der MIBRAG mitgebrachte Fachleute besetzt werden.
2. Die Gewinne landen beim US-Investor NRG Energy USA und Washington Group International.
3. Es werden durch den Abbau der Kohle im Landkreis Ludwigslust nicht weniger als mindestens 4.000 Arbeitsplätze netto verloren gehen, dies besonders in der Landwirtschaft und im lebensmitteltechnischen Bereich sowie in Handwerk und Handel.
4. Es wird eine Entwertung des Haus- und Grundeigentums bis zu 60 Prozent geben.

5. Um den Tagebau herum wird eine Landflucht der Menschen stattfinden. Hinzu kommt eine negative Ausstrahlung des Landes Mecklenburg-Vorpommern als Urlaubs- und Gesundheitsland.

Wenn wir Braunkohleland werden sollten, können wir „MV-tut-gut-Kampagnen“ vergessen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und noch ein Wort zu Arbeitsplätzen: In der Region Lippendorf in Sachsen, Standort eines Braunkohletagebaus der MIBRAG mit Kraftwerk, liegt die Arbeitslosigkeit nach Inbetriebnahme des Kraftwerkes bei 23 Prozent. Im Landkreis Ludwigslust haben wir eine Arbeitslosenzahl von um die 13 Prozent, die wir durch die Ansiedlung der MIBRAG nicht noch steigern sollten. Die Motivation des US-Investors ist eben nicht, bei uns Arbeitsplätze zu schaffen, sondern kostengünstig an das Diatomeen heranzukommen, welches für die Rüstungsindustrie ein begehrter Rohstoff ist. Die lästige minderwertige Braunkohle ist hier nur Mittel zum Zweck, günstig an das eigentliche Objekt der Begierde heranzukommen, indem man diesen hochgradig schwefelhaltigen Brennstoff an Vattenfall weiterverkaufen kann.

„Ein Braunkohleabbau in der Griesen Gegend widerspricht der touristischen Entwicklung des Landes und wird aus diesem Grund nicht weiter verfolgt.“ Dieser verräterische Satz in Ihrer Koalitionsvereinbarung, meine Damen und Herren von der Regierung, spricht unverblümt aus, dass nicht wegen der Einmaligkeit der Naturgegebenheiten unserer Elbtalaue, nicht aus Gründen des Schutzes von Mensch und Heimat Sie einen Kohleabbau nicht weiterverfolgen wollen, sondern wegen der touristischen Entwicklung. Und wenn Sie das Tagebauvorhaben nicht weiterverfolgen wollen, so heißt dies doch, dass Sie bis zu Ihren Koalitionsverhandlungen die Absicht verfolgt haben, dies zu tun. Sei's drum, wir alle schulden dem Bürger hier und heute ein politisches Signal, ein Signal der Einstimmigkeit gegen das MIBRAG-Projekt, große Teile unserer Auenlandschaft einfach wegzubaggern. Uns von der NPD aber reichen politische Signale längst nicht aus. Wir wollen von Ihnen, meine Damen und Herren der Blockparteien, Taten sehen. Schaffen Sie Rechtssicherheit und damit auch Investitionssicherheit! Zeigen Sie den Menschen, dass der Landtag nicht bereit ist, das Recht auf Heimat der Gier schierer Profitstrebens zu opfern! Ich weiß, dass Sie von den Blockparteien diesen Antrag ablehnen werden, weil er von uns kommt.

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Köster, ich weise Sie noch mal darauf hin – es ist schon mehrmals geschehen –, dass wir hier in einem demokratischen Gremium sind und keine Blockparteien hier sitzen.

Udo Pastörs, NPD: Mein Name ist nicht Köster, aber ich habe es zur Kenntnis genommen, Herr Präsident.

Nur kommen Sie mir nicht mit dem Vorwurf des Populismus. Sie haben den Menschen seit Jahren versprochen, hier tätig zu werden. Keinen Finger haben Sie gerührt. Jammern Sie also nicht, sondern handeln Sie! Bringen Sie meinewegen unseren Antrag in abgewandelter Form neu ein, damit Sie politisch korrekt zustimmen können. Wir, die NPD-Fraktion, werden dann Ihre Engstirnigkeit missen lassen und dem zustimmen, um Einstimmigkeit zu erzielen. Und weil selbst eine einstimmige Ablehnung des MIBRAG-Vorhabens durch den Landtag keine Gewähr für ein Abbauverbot darstellt, teile ich den Bürgern in meiner Heimatgemeinde jetzt schon mit, dass die

NPD, sollte es zu einem Braunkohleabbau kommen, der Washington Group und ihren Helfershelfern erbitterten Widerstand entgegensetzen wird, meine Damen und Herren, im Parlament ebenso wie auf juristischem Parkett und auf der Straße.

Sie hier wissen allzu gut, dass Sie politisch machtlos dem Treiben der MIBRAG ausgeliefert sind. Nicht nur das Berggesetz spricht hier Bände. Auch die Tatsache von Korruption, Filz und Vetternwirtschaft auf allen Gebieten ist kennzeichnend für die Verhältnisse im Lande. Ihr Nichtstun, Herr Ringstorff, über Jahre in Bezug auf die drohende Verwüstung des Lübbtheener Umlands rechtfertigt das Misstrauen der Bürger Ihnen gegenüber.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist ungeheuerlich.)

Die Politik ist von den Menschen längst entlarvt als das Feigenblatt einer Banken- und Konzerndiktatur, meine Damen und Herren.

Aber täuschen Sie sich nicht in der Bewertung des kollektiven Beharrungsinstinktes der Menschen! Ihn lebendig zu erhalten, haben wir uns auf unsere Fahnen geschrieben. Sie und auch die MIBRAG werden dies noch deutlicher als bisher zu spüren bekommen. Das verspreche ich Ihnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Pastörs, Sie haben eben wieder im Grunde genommen unser Land beleidigt, indem Sie davon gesprochen haben, dass hier Filz, Korruption, Vetternwirtschaft gang und gäbe seien.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Tatsache.)

Wenn Sie jetzt bitte zuhören und nicht dem Präsidenten hier widersprechen! Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, ich sitze hier wie ein Schiedsrichter und den Schiedsrichter hat man nicht zu kritisieren. Bitte lassen Sie das, sonst ...

(Stefan Köster, NPD: Wo steht das?)

Jetzt erlasse ich einen Ordnungsruf gegen Herrn Pastörs. Es reicht.

(Udo Pastörs, NPD: Ich hab doch gar nichts gesagt. Herr Köster hat was gesagt. – allgemeine Unruhe –
Raimund Borrmann, NPD: Seltsam, seltsam. –
Udo Pastörs, NPD: Ich widerspreche energisch, auch wenn Sie sich hinter Ihrem Präsidentenamt verstecken. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Dann, Herr Pastörs, haben Sie es eben noch einmal bestätigt, dass Sie mir unterstellen, dass ich mich hinter dem Präsidentenamt verstecke.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion ...

(Udo Pastörs, NPD: Nein, immer langsam,
immer langsam.)

Halt, habe ich jetzt etwas übersehen? Entschuldigung. Es kommt jetzt erst einmal die Aussprache. Wir kommen zur Aussprache.

Es hat zunächst um das Wort gebeten der Abgeordnete Herr Backhaus.

Dr. Till Backhaus, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mich macht das wirklich betroffen. Was Sie hier wieder loslassen, Herr Pastörs,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das ist beschämend für dieses Haus.)

ist nicht nur beschämend und es beschädigt nicht nur dieses Hohe Haus.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Die ganze Zeit, über die Jahre – ich weiß nicht genau, wie lange Sie schon in Lübbtheen oder in dem Ort, wo Sie Ihr Haus errichtet haben, leben – versuchen Sie, die Menschen einzuschüchtern,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Sie versuchen Panik zu verbreiten, ja Angst zu schüren.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Wenn Sie in der Region wirklich zu Hause sind, und vielleicht sind Sie es ja seit Kurzem, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wenn man die geschichtliche Entwicklung des Standortes Lübbtheen kennt, dann weiß man – das ist mein Wahlkreis, deswegen spreche ich hier auch ganz bewusst –, dass man sich zu DDR-Zeiten mit dem Thema Braunkohle und Erdgas auseinandergesetzt hat.

(Udo Pastörs, NPD: Das weiß ich auch.)

Wenn Sie das wissen, dann hätten Sie es hier ja sagen können.

(Raimund Borrmann, NPD: Hat er gesagt.)

Moment, jetzt bin ich dran.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Oho!)

Und wenn Sie sich etwas mehr mit der Geschichte auseinandergesetzt hätten, nicht nur auf die Entwicklung in Lübbtheen, sondern auf die gesamte Region bezogen, dann hätten Sie gewusst, dass sich die Landesregierung in der Zeit, von der Sie gesprochen haben, nämlich von 1996 bis 1998, gerade mit dem Thema befasst hat und dass sich die SPD-Fraktion – das sage ich auch in diesem Zusammenhang – wie auch die PDS-Fraktion immer ganz klar, ganz klar und eindeutig gegen den Braunkohleabbau in Lübbtheen ausgesprochen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Linkspartei.PDS – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hören Sie auf, hier irgendwelche Legenden zu entwickeln!

(Udo Pastörs, NPD: Das stimmt doch
gar nicht. Das habe ich schriftlich.)

Dann hätten Sie es sagen müssen.

(Udo Pastörs, NPD: Das habe ich gesagt.)

Und dass der Wirtschaftsminister seinerzeit eine ganz klare Entscheidung getroffen hat, und zwar gegen den Abbau von Braunkohle, das hätten Sie hier auch sagen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Insofern arbeiten Sie wieder wie immer mit Halbwahrheiten oder mit Unwahrheiten.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

Und wenn Sie die Koalitionsvereinbarung gelesen haben,

(Udo Pastörs, NPD: Die habe ich gelesen.)

da steht ganz klar – und das ist die Auffassung der Koalitionäre –, ich zitiere: „Ein Braunkohleabbau in der Griesen Gegend widerspricht der touristischen Entwicklung des Landes“

(Udo Pastörs, NPD: Habe ich auch gesagt.)

„und wird aus diesem Grund nicht weiter verfolgt.“

(Udo Pastörs, NPD: Ja, dann machen Sie doch einen Beschluss dagegen!)

Damit ist klar: Für diese Landesregierung gilt – es ist ein Vertrag, ein Koalitionsvertrag –, dass der Abbau von Braunkohle am Standort Lübtheen nicht weiterverfolgt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Nehmen Sie das zur Kenntnis!

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Backhaus, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Pastörs?

Dr. Till Backhaus, SPD: Nein, jetzt nicht und außerdem möchte ich Ihnen am liebsten sowieso nicht antworten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich habe das miterlebt und ich sage das an dieser Stelle auch, Herr Pastörs, ich passe auf. Hier, da droht er mir schon wieder. Das kenne ich schon.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ja, passen Sie auf, haben Sie gesagt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das kenne ich noch aus dem Wahlkampf.)

Ja, ich kenne das auch

(Stefan Köster, NPD: Gebt ihm doch mal ein Taschentuch!)

und damit habe ich auch kein Problem.

(Stefan Köster, NPD: Wenn Sie Rede und Antwort stehen sollen, dann haben Sie Schwierigkeiten, Herr Backhaus. Soll ich Ihnen ein Taschentuch bringen?)

Ich will eines hier sehr klar und sehr gelassen zum Ausdruck bringen: Ich bin der Initiative gegen Braunkohle wirklich sehr, sehr dankbar. Zum Glück leben wir in einem Rechtsstaat, auch in der Region Lübtheen. Das, was Sie dort angerichtet haben, diesen Standort schlechtzureden, dass wir deutschlandweit mit Lübtheen in diesen Negativschlagzeilen stehen, liegt einzig und allein in Ihrer Verantwortung

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Stefan Köster, NPD: Weil der Mensch seine Bürgerrechte wahrnimmt.)

und das haben die Menschen in der Region nicht verdient. Das sage ich Ihnen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Zum Glück gibt es genug Demokraten, auch in Lübtheen, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, die die Entscheidung getroffen haben, Sie endlich aus diesem Verband rauszuschmeißen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und Michael Roof, FDP – Tino Müller, NPD: Sehr demokratisch.)

Ich begrüße das.

Eigentlich hätte damit meine Rede enden können, aber ich will Ihnen noch einmal deutlich machen, warum und weshalb wir im Rahmen der Diskussion hier – und ich spreche hoffentlich für die demokratischen Parteien dieses Hohen Hauses – so klar und eindeutig gegen den Braunkohleabbau in Lübtheen sind. Es gibt primär wirtschaftliche, touristische, aber ganz klar auch soziale Gründe dafür, dieses abzulehnen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Auch ökologische.)

Hier gehen Ökonomie, Ökologie und soziale Verantwortung ineinander über.

Lassen Sie mich damit beginnen, dass dieses Gebiet der Griesen Gegend ein sogenanntes Endmoränengebiet darstellt. Für diesen Naturraum typisch sind Vorkommen von Pflanzenarten, aber auch Tierarten, die einmalig sind in Mecklenburg-Vorpommern, zum Teil in Deutschland und in Europa. Nichts Besonderes, könnte man sagen, doch diese Naturlandschaft in der Nähe der Elbe hat eine besondere Erholungsfunktion für den touristischen Standort Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere der Metropolregion Hamburg.

Als FFH-Gebiet ist diese Region mit zwei Lebensräumen, der Sandheide und den Grasflächen, gemeldet. Dieser Lebensraumtyp gehört immerhin mit 1.500 Hektar landesweit zu einem Schwerpunkt in dieser Region. Das heißt, ein Verlust dieser Flächen könnte an anderer Stelle im Land Mecklenburg-Vorpommern überhaupt nicht kompensiert werden. Diese Flächen müssen im Zuge des Kohärenzausgleiches im vollen Umfang durch Neuentwicklung ersetzt werden. Darüber hinaus soll das Gebiet zum Vogelschutzgebiet für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt erklärt werden. Hier leben unter anderem der Bachpieper, die Heidelerche, der Ziegenmelker oder auch der Raufußkauz.

Nicht zuletzt würde ein Kohleabbau zu einer großflächigen Veränderung des Wasserhaushaltes in der gesamten Region führen. Zwar liegen hier bis heute keine eindeutigen hydrologischen Daten und Erkenntnisse vor, aber diese wird es hoffentlich irgendwann geben. Doch auch ohne konkrete Abbaupläne kann selbst der Laie erkennen, dass es hier zu einer erheblichen Veränderung des Grundwasserspiegels kommt. Betroffen ist davon im Übrigen auch nicht unwesentlich das Naturschutzgebiet, insbesondere das von der UNESCO anerkannte Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe, ein Gebiet mit länderübergreifender Zusammenarbeit. Die Auswirkungen wären also für die Landschaft insgesamt und für dieses ganze Gebiet von erheblicher Bedeutung. Jeder verantwortungsvolle Politiker kann damit nur Nein, ganz ausdrücklich Nein sagen zu diesem Projekt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Auch wirtschaftlich – auch das gilt es zu unterstreichen – gibt es klare Rahmensetzungen. Es ist Anliegen der Landesregierung und aller demokratischen Parteien im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, das Land Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland und Tourismusland Nummer eins in Deutschland zu entwickeln und diese Marktposition weiter auszubauen. Dazu gehören vor allen Dingen Gastfreundschaft, Weltoffenheit und kulturelle Vielfalt. Wir werden uns auf diesem Weg nicht aufhalten lassen, auch wenn mit Ihnen, mit der NPD, der politisch ausgeprägte Standortnachteil hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sitzt.

Unser Land ist wunderschön. Unser Land ist gastfreundlich. Mecklenburg-Vorpommern wird dieses auch im Rahmen des G8-Gipfels deutlich machen und diese Weltoffenheit damit unter Beweis stellen. Unser Land Mecklenburg-Vorpommern, speziell dieses Gebiet, verdankt seinen Namen insbesondere den grauen Sandböden, die wesentlich aus Quarzsanden bestehen. Ich kann die Bedenken und die Widerstände großer Teile der Bewohnerinnen und Bewohner gegen einen möglichen Braunkohleabbau voll und ganz verstehen. Ich glaube, ich habe das deutlich gemacht. Unbestritten würde eine Ausbeute der Lagerstätte die touristische und wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region behindern.

Zur Wahrheit gehört aber auch, unmissverständlich klarzustellen, dass von politischer Seite auf die Erkundungserlaubnis des Unternehmens MIBRAG nicht eingewirkt werden kann. Erst auf der Grundlage von Erkundungsergebnissen kann abschließend beurteilt werden, ob ein technisch-wirtschaftlicher Abbau überhaupt real wäre. Zu diesem Zweck wurde 1997 eine Erkundungserlaubnis durch das zuständige Landesamt erstellt. Und Sie wissen auch, den Antrag auf Verlängerung bis Ende 2008 hat das Bergamt seinerzeit abgelehnt, und zwar auf Initiative der Landesregierung. Auch das hätten Sie hier deutlich machen können und müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dagegen hat die MIBRAG Widerspruch eingelegt

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Und lange gebraucht.)

und dieser Widerspruch ist zwischenzeitlich nun endlich auch begründet. Gemäß dem Bundesberggesetz hat die MIBRAG einen Rechtsanspruch auf die ermessensfreie Beurteilung, ob die Voraussetzung für die Verlängerung der Erlaubnis zur Aufsuchung von Bodenschätzen und zur Erkundung überhaupt vorliegt. Soweit der Klageweg beschritten wird, und das wird dann zu prüfen sein, besteht die Gefahr, dass die Behörde die Erlaubnis verlängern muss und das Land darüber hinaus zum Schadenersatz für die Zeit, in der die Arbeiten ruhen mussten, verurteilt wird.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

Und ich muss sagen, Herr Pastörs, ich bin froh, dass wir in einem Rechtsstaat leben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Udo Pastörs, NPD: Damit
gebaggert werden kann.)

und damit Recht gesprochen wird.

(Udo Pastörs, NPD:
Damit gebaggert werden kann.)

Dass Sie das nicht wollen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ist seit Langem bekannt. Das ändert nichts, ich betone das ausdrücklich, an der politischen Haltung der Landesregierung

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind machtlos.)

und der hier vertretenen politischen Parteien, der demokratischen Parteien.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind machtlos.)

Wie heißt es aber so treffend: vor Gericht und auf hoher See. Zu den Erfolgsaussichten einer solchen Klage will ich hier nicht herumspekulieren.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben
Sie aber schon getan.)

Ich hoffe natürlich, dass die Argumente des Landes im Sinne der Bürgerinnen und Bürger so überzeugend sind, dass es keine weiteren Erkundungen in Lübtheen geben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU,
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bürgerschaftliches Aufbegehren und außerparlamentarischer Widerspruch sind in unserer Demokratie nicht nur möglich, nein, sie sind sinnvoll, sie sind auch oft notwendig, willkommen, um damit Dinge in diesem Lande zu bewegen. Dass nun aber ausgerechnet die ausgewiesenen Gegner unserer demokratischen Grundordnung sich hier als Vorreiter aufschwingen wollen, ist durchsichtig und es ist verlogen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ob in der Bürgerinitiative „Braunkohle-Nein e.V.“ oder in verschiedenen Initiativen für sicheres Wohnen oder gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen – unter dem Deckmantel, Werte, Haltungen und Bürgerwillen zu verkörpern, verfolgt die NPD eine Strategie der Anbiederung bei den Menschen. Das ist für mich der blanke Populismus.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Jawohl. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn wir uns den Antrag angucken, dann erkennen wir, da wird ein Kreistagsbeschluss abgeschrieben, und zwar aus dem Landkreis Ludwigslust, und in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eingebracht.

(Stefan Köster, NPD: Wollen Sie sagen,
dass der Kreistagsbeschluss schlecht ist?)

Da wird die Globalisierungspolitik von Attac gegen den G8-Gipfel kopiert.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da werden an anderer Stelle Argumente von Umweltgruppen gegen die grüne Gentechnik abgekupfert und

eingebraucht. Sie nutzen schamlos jede sich bietende Gelegenheit, um mit bürgerschaftlichen, umwelt- oder auch sozialpolitischen Themen Ihre nationalistischen Motive zu verbrämen

(Raimund Borrmann, NPD: Herr Minister, wir sind doch Teil der Bürger.)

und sie den Menschen als eigene Initiative zu verkaufen. Das ist für mich der blanke Populismus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Stefan Köster, NPD: Wir leben das, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Minister.)

Zur Durchsetzung des wichtigsten Ziels der NPD,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

ich zitiere, „der nationalen Befreiung Deutschlands“,

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS, und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

bedienen Sie sich einer Taktik, die mittlerweile seit Langem bekannt ist. Dieses können alle demokratischen Parteien nur gemeinsam ablehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und Michael Roof, FDP)

Sie streben damit nach ideologischer Vorherrschaft im politischen Raum, um so die Vorbedingungen für einen nationalistischen Umsturz in dieser Gesellschaft zu schaffen. Dass wir dieses alle gemeinsam ablehnen müssen, steht hier überhaupt nicht zur Debatte. Das zeigt sich immer wieder und dafür bin ich diesem Hohen Haus und den demokratischen Parteien auch sehr dankbar. Namens der demokratischen Fraktionen dieses Hauses lehne ich diesen Antrag ab. Ich sage es noch einmal: Er ist in der Sache untauglich und die demokratischen Parteien lehnen den Abbau von Braunkohle am Standort Lübtheen ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Köster, es gab eben wieder einen Zwischenruf, den ich eigentlich nicht gerne wiederhole, aber der Ausdruck „Sie in Ihrem Bonzenhaus“ ist wirklich wieder so eine Sache,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Unverschämtheit!)

wo ich Sie strengstens ermahnen muss, dass Sie solche Zwischenrufe bitte unterlassen.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Köster von der NPD.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im „Hamburger Abendblatt“ von heute – Herr Minister Backhaus betont ja immer, die Regierung lehnt das Abbauvorhaben ab – steht, Sie stehen dem skeptisch gegenüber. Hören Sie auf, die Menschen hier zu belügen! Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat hier und heute die Möglichkeit,

(Reinhard Dankert, SPD: Davon verstehen Sie was, ne?!)

den in der Griesen Gegend lebenden Menschen eine moralische Unterstützung zu geben.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sie reden von Moral?! Sie sollten sich schämen!)

Aber aus den Kreisen Ihrer Parteien ...

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das ist eine Zumutung. – Volker Schlotmann, SPD: Das Beste ist, Sie verschwinden hier. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Ich bitte trotz aller Erregung, dem Abgeordneten Köster das Wort zu lassen.

Stefan Köster, NPD: Aus den Kreisen Ihrer Parteien – selbst dahin haben wir gute Kontakte – ist uns zugetragen worden, dass einige Ihrer Parteistrategen jetzt gelöst feststellen können, dadurch, dass die NPD das Thema auf die Tagesordnung setzt, können wir den Rechten nun vorwerfen, sie würden der MIBRAG zuspieren, da kein ernstzunehmender Demokrat von uns verlangen würde, diesem Antrag zuzustimmen. Darüber hinaus wird sich die MIBRAG durch das Neinvotum des Landtages bestätigt fühlen.

(Heike Polzin, SPD: Tja. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja lächerlich.)

Die NPD hat der MIBRAG einen Bären dienst erwiesen. So ist das Denken in Ihren Parteien.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Der kann nur so dumm denken. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine Damen und Herren der etablierten Parteien, Sie machen auch bei diesem Thema sehr deutlich, dass Sie auf dem Rücken der hier lebenden Menschen politische Schaukämpfe führen. Die schlaffe Ausführung zum Braunkohleabbau in der Koalitionsvereinbarung belegt dieses. Vielleicht, ich weiß es nicht, sind bereits auf Landesebene mit der MIBRAG Absprachen getroffen worden zum Abbau. Wer weiß es?!

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Sie haben wohl gar nicht zugehört oder was? – Dr. Till Backhaus, SPD: Hat er nicht zugehört oder wollten Sie nicht zuhören?)

Die Südwestmecklenburger sollen einige Jahre hingehalten werden. Wir halten es für sehr bedenklich und unverantwortlich, wenn die Politik etwas gegen den erklärten Willen der Menschen bestimmt

(Dr. Till Backhaus, SPD: Mal sehen, welches Haus wir abreißen.)

und zusätzlich der Nutznießer diese entstehenden Gewinne mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ins Ausland transferieren wird, um Steuern zu sparen. Lesen Sie einmal das Buch „Asoziale Marktwirtschaft“ von den Journalisten Weiss und Schmiederer. Die können Ihnen aufzeigen, wie Großkonzerne Gelder ins Ausland transferieren, um Steuern zu sparen

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

oder Steuerzahlungen zu verhindern.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Müllermilch lässt grüßen!)

Für uns bleiben dann eine geschundene Umwelt, verschwundene Dörfer und hoffnungslose Menschen.

(Raimund Borrmann, NPD: Da wird Herr Müller sich aber freuen. – Dr. Till Backhaus, SPD: Und Sie werden gesponsert von diesem Konzern.)

Politik muss sich immer am Wohl der Menschen orientieren. Das schließt sicherlich nicht aus, dass auch einmal Entscheidungen getroffen werden müssen,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Werden Sie von der MIBRAG auch schon gesponsert?)

die kurzfristig gesehen für die Menschen Härten erfordern, langfristig aber zukunftsweisend sind.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Die Notwendigkeit für eine solche Entscheidung auch infolge der laufenden Klimadebatten ist nicht vorhanden.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Sagen Sie doch mal, werden Sie von der MIBRAG auch schon gesponsert?)

Ich zitiere jetzt einmal aus einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Landkreises Ludwigslust.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Da müssen wir mal ein bisschen aufpassen jetzt.)

Im Herbst 2005 fand eine Anhörung, bei der auch Vertreter des Bergamtes zugegen waren, statt.

(Volker Schlotmann, SPD: Nehmen Sie das mal protokollarisch auf, ob das nicht eine interne Sitzung war!)

Ich habe den Vertreter des Bergamtes gefragt: Was passiert, wenn die MIBRAG alle Auflagen, die das Berggesetz vorlegt, einhält? Welche Möglichkeit hat die Politik dann überhaupt noch, den Abbau zu verhindern? Und der Vertreter des Bergamtes sagte: keine. Also, Herr Minister Seidel, geben Sie sofort ein Rechtsgutachten in Auftrag, um die rechtliche Situation zu klären, und setzen Sie sich endlich auf Bundesebene dafür ein, dass im Berggesetz Verankerungen enthalten sind, die es den Menschen ermöglichen, solche Vorhaben zu verhindern!

(Beifall Tino Müller, NPD, und Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/166. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. –

(Stefan Köster, NPD: Stimmen für die MIBRAG.)

Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei Zustimmung der NPD-Fraktion und Ablehnung der Fraktionen der Linkspartei.PDS, SPD, CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Landespflegegesetz rechtzeitig novellieren – Pflegebedürftige unterstützen, Drucksache 5/357.

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Landespflegegesetz rechtzeitig novellieren – Pflegebedürftige unterstützen – Drucksache 5/357 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Müller von der Linkspartei.PDS.

Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Werter Herr Präsident! Meine werten Damen und Herren! Werte Abgeordnete! Warum bringen wir als Linkspartei heute diese Beschlussvorlage ein unter dem Titel „Landespflegegesetz rechtzeitig novellieren“? Wir haben dafür fünf Gründe, die wir denken, Ihnen auch so darstellen zu können, dass Sie mit uns mitgehen können.

Wir brauchen erstens die rechtzeitige Novellierung des Landespflegegeldes deshalb, damit wir alle Dinge, die finanziell zu bedenken sind, in den Haushalt 2008 mit einfließen lassen können.

Wir brauchen zweitens Sicherheit dafür, das Landespflegegeld zu erhalten. Wir möchten nicht, dass mit dem 31.12. dieses Jahres die Paragraphen 7, 8 und 9 Landespflegegesetz auslaufen.

Wir möchten drittens, dass für die betroffenen pflegebedürftigen Menschen auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch für die Einrichtungen Planungssicherheit existiert, und zwar rechtzeitig.

Wir möchten viertens, dass die Kriterien zur Berechnung des Landespflegegeldes so rechtzeitig an die Pflegeeinrichtungen gegeben werden, dass sie angemessen Zeit haben, den Bewohnerinnen und Bewohnern die dementsprechenden Formulare zu reichen beziehungsweise sie begründen zu lassen.

Wir möchten fünftens, dass die Summe, die für das Landespflegegeld gebraucht wird, im Haushaltsgesetz mit verankert wird, und zwar so verankert wird, wie sie gebraucht wird.

Das einkommensabhängige, aber vermögensunabhängige Landespflegegeld, welches wir hier im Land Mecklenburg-Vorpommern haben, ist bisher von allen, die damit zu tun haben, als eine wichtige und sehr gute Sache anerkannt worden. Wir haben das Landespflegegeld hier im Land Mecklenburg-Vorpommern seit Januar 2001. Es wurde von der rot-roten Regierung deshalb eingeführt, um auslaufende Bezuschussungen durch den Bund abzufedern und Bewohnerinnen und Bewohner, welche pflegebedürftig sind, in Heimen von den hohen Investitionskosten zu entlasten, wenn sie es brauchen. Dazu wird Frau Dr. Linke noch einige andere Ausführungen machen.

Wir waren uns als Sozialpolitiker des Landes Mecklenburg-Vorpommern auch noch im Sommer des Jahres 2006 einig, dass wir dieses Landespflegegeld erhalten wollen, weil sich die finanzielle Situation für die betroffenen Menschen nicht geändert hat. Im Gegenteil, es wird damit gerechnet, dass mit der Änderung der Struktur derer, die pflegebedürftig werden, dahin gehend, ob sie Erwerbsbiografien haben, die nicht sehr durchlöchert sind, beziehungsweise Erwerbsbiografien haben, die etliche Löcher aufweisen, das Landespflegegeld in der Hinsicht wieder mehr gebraucht wird als heute.

Wir wollen mit der Sicherung des Landespflegegeldes erreichen, dass einige Dinge nicht so plötzlich